

## POSITIONSPAPIER

---

Bern, 13. November 2020

Positionspapier des SGB für das Sozialpartner-Spitzentreffen

### **Einkommensprobleme und Unterbeschäftigung erfordern Gegenmassnahmen, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz verbessern**

#### **1. Besorgniserregende Unterbeschäftigung und Einkommensprobleme bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern**

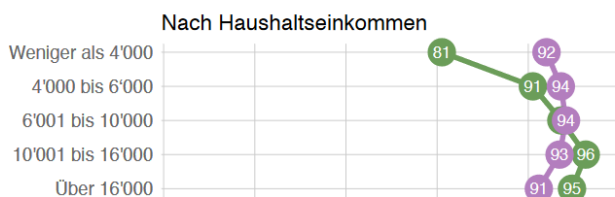
Die «zweite Corona-Welle» hat in der Schweizer Wirtschaft ihre Spuren hinterlassen. Die Umsätze in den direkt betroffenen Branchen Gastgewerbe usw. gehen zurück. Aber auch im Non-Food-Bereich des Detailhandels lasten Verhaltensänderungen der Bevölkerung auf den Einnahmen. Diese Abkühlung trifft die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in einer bereits schwierigen Verfassung. Coronabedingt gibt es schon eine hohe Zunahme der Unterbeschäftigung von rund 4 Prozentpunkten – nämlich eine 1.5 Prozentpunkte gestiegene Quote der Stellensuchenden und rund 2.5 bis 3 Prozent des Arbeitsvolumens in Kurzarbeit. Das entspricht gegen 150'000 bis 200'000 Vollzeitstellen.

Die Geringverdienerinnen und Geringverdiener sind überproportional betroffen. Sie sind häufiger in Kurzarbeit und häufiger arbeitslos. Weil sie dann nur 70 bis 80 Prozent ihres Lohnes erhalten, haben sie immer mehr Finanzprobleme. Statt einem Lohn von 3'370 Franken (x13) haben sie je nachdem nur noch 2'700 Franken («Dienstleistungs- und Verkaufsberufe» gemäss SAKE).

Gemäss einer Erhebung von SRG/Sotomo vom November haben Haushalte mit einem Einkommen von unter 4'000 Franken durch die Krise einen Einkommensverlust von 19 Prozent erlitten. Ihnen stehen heute noch 81 Prozent des früheren Einkommens zur Verfügung. Auch die Topverdienenden haben zwar Einbussen von 5 Prozent. Gleichzeitig konnten sie aber ihre Lebenshaltungskosten um 9 Prozent senken (Homeoffice u. a.).

#### **Einkommen und Ausgaben gegenüber Vorkrisenniveau**

(grün=Einkommen, lila=Ausgaben, Zahl: heutiger Betrag in % des Betrags vor Krise)



Die Corona-Krise trifft die Wirtschaft im Wesentlichen über drei Kanäle:

- Die Restaurants, die Kultur- und Eventbranche sowie der Non-Food-Bereich des Detailhandels leiden unter den Teil-Schliessungen, den Verhaltensänderungen der Schweizer Bevölkerung und den durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verursachten Kaufkrafteinbussen. Mittlerweile hat sich die Lage auch im Ausbaugewerbe zu verschlechtern begonnen.
- Die Stadthotellerie und die Luftfahrt haben enorme Umsatzausfälle, vor allem aufgrund der geringeren internationalen Reisetätigkeit. Zürich und Genf haben ungefähr noch 30 Prozent der üblichen Logiernächte, der Flughafen Zürich rund 30 Prozent der Flugbewegungen.
- Die Industrie spürt die geringere internationale Investitionsaktivität. Die Kapazitätsauslastung in der Maschinenindustrie ist rund 10 Prozent tiefer als normal.

## **2. Stabilisierung der Einkommen und der wirtschaftlichen Lage: Massnahmen**

In den nächsten Monaten geht es darum, die Überlastung des Gesundheitswesens zu verhindern und gleichzeitig die Einkommen und die Arbeitsplätze zu erhalten. Wirtschaftlich braucht es dazu einerseits einen Mix aus angebots- und nachfrageseitigen Massnahmen sowie andererseits sozialpolitische Massnahmen, um Existenzen zu sichern.

### **2.1 Einkommens- und Kaufkraftprobleme lösen**

Die bereits hohe und weiter steigende Unterbeschäftigung kostet Kaufkraft. Weil die unteren Einkommen stärker von der Krise betroffen sind, schlägt das nicht nur unmittelbar auf den Konsum durch, sondern es führt bei den Betroffenen direkt zu ernsthaften Finanzengpässen. Das verschlimmert die Lage in den bereits betroffenen Branchen weiter.

- Arbeitnehmende in Kurzarbeit haben nur 80 Prozent des Lohnes. GeringverdienerInnen haben damit noch mehr Mühe, mit dem Einkommen über die Runden zu kommen. Eine Erhöhung auf 100 Prozent würde nicht nur die Einkommensprobleme der Betroffenen lösen, sondern gäbe auch einen wichtigen Kaufkraftimpuls. Die 80-Prozent-Regel ist in Kantonen mit Lock-down (=«Arbeitsverbot») besonders stossend.
- Die Schweizer Krankenkassen weisen rund 5 Mrd. Franken überschüssige Reserven aus. Diese müssen früher oder später sowieso zurückerstattet werden. Es gibt keine bessere Gelegenheit für die Ausschüttung als die gegenwärtige Rezession (Ausschüttung 2021).

### **2.2 Arbeitsplätze über Kurzarbeit und weitere Stabilisierungsmassnahmen sichern**

In der Stadthotellerie, aber auch in anderen Branchen, mussten bereits renommierte Betriebe schliessen. Bund und Kantone müssen sehr schnell weitere Massnahmen ergreifen, um weitere Schliessungen zu verhindern.

- Verbesserungen beim Anspruch auf Kurzarbeit. Auch Personen mit befristeten Verträgen sollen Kurzarbeitsentschädigung erhalten. Im Kulturbereich ist das akut (befristete Engagements in Orchestern und Theatern). Aber auch im Hinblick auf die kommende Wintersaison ist das entscheidend. Denn ein Teil der Saisonbetriebe bietet den Angestellten nur sehr unsichere

Verträge an. Und eine coronabedingte Schliessung von Betrieben in der Saison könnte ohne diese Regelung viele Betriebe in den Konkurs führen (bei unkündbaren befristeten Verträgen).

- Ausbau und Beschleunigung des Härtefallfonds. Es braucht mindestens 1 Mrd. Franken. Schlimm ist, dass einzelne Kantone mit vielen Geschäftshotels noch keine Fonds eingerichtet haben (BE u. a.). Diese müssen nun dringlich entsprechende Lösungen einführen.
- Lösung für Geschäftsmieten. Die Mieten sind für viele Betriebe neben den Personalkosten einer der grossen Kostenblöcke. Die Personalkosten können im Krisenfall über die Kurzarbeit aufgefangen werden. Bei den Mieten braucht es eine staatliche Lösung, denn viele private Investoren sind offenbar unfähig, selber Lösungen zu finden (siehe Hotel Ascott Zürich).

### **2.3 Aussteuerungen verhindern**

In einem Teil der Branchen ist es sehr schwierig, eine Stelle zu finden. Dazu kommt, dass die Arbeitslosigkeit bei den älteren Bevölkerungsgruppen nach wie vor bedenklich zunimmt. Das Risiko, ausgesteuert zu werden, ist stark gestiegen.

- In der ersten Welle hat der Bund den Arbeitslosen die Taggelder und Rahmenfristen verlängert. Das muss auch in der zweiten Welle geschehen.

### **2.4 Mit Schutzkonzepten und Hilfsmitteln Ansteckungen bremsen und öffentliches Leben erhalten**

Gute Schutzkonzepte und breite Information zum Verhalten am Arbeitsplatz mittels Hilfsmitteln können die Ansteckungen am Arbeitsplatz und in der Wirtschaft substanziell eindämmen. Das zeigen die Analysen in verschiedenen Firmen. Gute Schutzkonzepte können auch das Verhalten der Bevölkerung und der Arbeitnehmenden positiv verändern, so dass die Leute wieder vermehrt ohne Ansteckungsängste Restaurants, Läden oder kulturelle Veranstaltungen besuchen und ihre Arbeit fortsetzen. Dazu ist folgendes zu tun:

- Die Vollzugsstellen erarbeiten gemeinsam (wo möglich unter Beizug der Branchen-Sozialpartner) branchenspezifische Checklisten und Hilfsmittel zur Vermeidung von Ansteckungen am Arbeitsplatz. Dabei werden branchenspezifische Risiken praxisnah berücksichtigt.
- Jeder Arbeitgeber (oder Branchenverband) muss Schutzkonzepte oder Listen von Schutzmassnahmen gemäss dem aktuell geltenden SECO-Merkblatt «Pflichten des Arbeitgebers» erarbeiten und bereithalten. Er bringt diese seinen Arbeitnehmenden zur Kenntnis. Es werden zur Erarbeitung Arbeitnehmende und/oder Gewerkschaften angehört – wo möglich.
- Die Beratungs- und Kontrolltätigkeit der Behörden wird deutlich erhöht. Mit dem neuen Art. 4 Abs. 2 Covid19-Gesetz, der umgehend von der EKAS umgesetzt wurde, besteht für Covid19-Kontrollen eine umfassende Finanzierung durch den Bund. Der EKAS-Finanz- und Budget-Ausschuss regelt die Details zur Kontrolldichte in Absprache mit den Durchführungsorganen – so bald wie möglich.
- Das SECO startet in Zusammenarbeit mit dem BAG eine spezifische Informationskampagne zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

## 2.5 Weitere Massnahmen

- Die Spitalkapazitäten – insbesondere diejenigen der Intensivstationen – sind einer der Schlüsselfaktoren bei der Bewältigung der Krise. Bund und Kantone müssen Mittel zur Finanzierung dieser Reserven zur Verfügung stellen. Zudem sollten mobile Pflegeequipen gebildet und koordiniert werden.
- Der bereits vor der Krise stark überbewertete Franken hat sich nochmals aufgewertet. Die Nationalbank muss sich dieser für die Exportindustrie und den Tourismus schädlichen Entwicklung stärker entgegenstemmen.
- Arbeitnehmende in Krisenbranchen (Gastgewerbe, Luftfahrt etc.) sollen mehr Unterstützung bei der Neuorientierung und Umschulung erhalten.
- Die Reisequarantäne ist dysfunktional und sollte daher möglichst abgeschafft werden. Wenn es berechtigte Bedenken im Hinblick auf Ansteckungsrisiken bei der Reiseaktivität gibt, soll stärker auf Tests abgestellt werden.
- Eine Neuauflage der Covid-Kredite ist zu prüfen.